



Stellungnahme zum Haushaltsplan für das Jahr 2019

Sitzung des Gemeinderates am 26. Februar 2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine Damen und Herren,

auf die gebräuchlich gewordene rhetorische Übung, einer Haushaltsstellungnahme das Zitat eines gescheiterten Menschen voranzustellen, will ich verzichten, auch ohne ein solches wird meine Rede zirka 25 Minuten dauern.

Dies ist die 20. Stellungnahme, die ich zur Verabschiedung eines Haushalts für die BMU-Fraktion heute vortrage. Und diese steht unter ganz besonderen Vorzeichen. Nicht nur dass dieser Haushaltsplan inhaltlich im investiven Bereich, wie auch auf der Einnahmenseite Rekordsummen aufweist, sondern da sind auch die Startschwierigkeiten, die sich bei der erstmaligen Aufstellung nach dem NKHR – dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht – ergeben haben. Dies hat die Bewertung einzelner Kostenbereiche erschwert, denn die gewohnte Transparenz, die uns die Kameralistik geboten hat, die haben wir bei diesem neuen System schmerzlich vermisst. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde einiges getan, um uns Stadträtinnen und Stadträte mit den neuen Anforderungen und Darstellungen vertraut zu machen und es hat unsererseits nicht daran gefehlt, immer wieder einzelne Positionen zu hinterfragen. Im Ergebnis ist aber festzuhalten, dass viele Unsicherheiten geblieben sind und wir hoffen, dass sich unsere kritischen Einwände im nächsten Haushaltsplan in Verbesserungen niederschlagen werden. Damit hier kein falscher Zungenschlag hineininterpretiert wird: Es geht nicht um Versäumnisse oder mangelndes Bemühen der Fachleute in der Kämmerei; diese waren überaus bemüht, die monierte fehlende Transparenz zu schaffen. Sie waren und sind – auch weil parallel zur Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik ein Systemwechsel beim Kommunalen Rechenzentrum zu bewerkstelligen war – offensichtlich selbst am Rande der Belastbarkeit.

Üblicherweise folgt nach dem Prolog die Abhandlung zu Detailbereichen des Haushaltsplans. Traditionell haben auch wir an dieser Stelle stets Ausführungen zu den wesentlichen haushaltsrelevanten Positionen gemacht. Zumeist gegen Ende sind wir dann auf überregionale, ja globale Themen eingegangen, die überwiegend mit dem Umwelt- und Naturschutz zu tun hatten. Das war auch schon vor 20 Jahren so. In dieser Stellungnahme soll das anders sein: Wenn gegenwärtig in der Tagespresse Schlagzeilen wie „Wenn wir so weitermachen, wird die Menschheit verschwinden“ zu finden sind, dann ist es angebracht, dieses Thema ganz an den Anfang zu stellen und allen anderen Themen

überzuordnen. Der schon etwas abgegriffene Slogan „Global denken – lokal handeln“ war noch nie so bedeutsam wie heute und hat verpflichtenden Charakter erlangt. Ja, immerhin ist die Stadt Besigheim im vergangenen Jahr – wie von uns beantragt – dem Klimaschutzpakt des Landes beigetreten und hat sich zu gewissen Absichten und Maßnahmen bekannt. Wir haben aber nach wie vor den Eindruck, dass solche Handlungsschritte bei der Stadtverwaltung und der Mehrheit des Gemeinderats immer noch unter der Kategorie „Nice to have“ eingeordnet werden. So nach der Devise „Wenn wir nach dem Stemmen unserer Großprojekte noch etwas Geld übrig haben, dann können wir ja auch ein bisschen für den Klimaschutz tun!“. Nein! – Jedes Vorhaben muss unter der Prämisse Klimaschutz beleuchtet und gestaltet werden. Das heißt nicht, dass als notwendig erkannte Projekte, wie beispielsweise das neue Feuerwehrhaus in Ottmarsheim und die dortige Kindertagesstätte deswegen in Frage zu stellen sind, aber es muss das Maximum an klimaschonenden Ausstattungen angestrebt und umgesetzt werden. Wir haben bereits in vergangenen Stellungnahmen gefordert, dass – ebenso, wie alljährlich die Sanierung einer Gemeindestraße angegangen wird – auch eine **klimaschutzrelevante Sanierung unserer städtischen Immobilien** auf die Agenda gesetzt wird. Dies fordern wir hiermit mit Nachdruck und wollen damit keine depressive Stimmung heraufbeschwören, sondern ganz positiv die Hoffnung wecken, dass wir es im Verbund mit allen anderen Kommunen in Land, Bund und der Welt schaffen, eine Energiewende zu erreichen, die auch der Generation unserer Teenager und jungen Erwachsenen – die mit ihren Ängsten derzeit beeindruckend auf die Straße geht – wieder die Perspektive einer lebenswerten Zukunft gibt. Wem die Videobotschaft unseres Künzelsauer Astronauten Alexander Gerst – an uns alle zur Jahreswende aus der Raumstation ISS gerichtet – nicht unter die Haut gegangen ist und wer sich vor diesen Aussagen immer noch nicht zum konsequenten Handeln aufgerufen fühlt, muss es sich gefallen lassen, als verantwortungsloser Ignorant bezeichnet zu werden.

Wir bestreiten nicht, dass wir in unserem sich immer mehr verdichtenden und unter zunehmendem Straßenverkehr leidenden Ballungsraum ganz besonders herausgefordert sind. Wir leugnen auch nicht die Wohnungsnot und die damit verbundenen steigenden Immobilienpreise. Aber wenn wir uns schon gezwungen sehen, weitere Flächen zu versiegeln, dann muss umso mehr an die **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** für einkommens- und vermögensschwächere Mitbürgerinnen und Mitbürger gedacht werden. Vorrangig fordern wir eine umweltverträgliche Nachverdichtung und keine Ausweisung von Kleinstwohngebieten für Besserverdienende. Im reichen Baden-Württemberg – so auch im Landkreis und in Besigheim – nimmt die Zahl der Wohnungslosen zu. Gibt es für uns da tatsächlich keine Handlungsmöglichkeit außer auf das zu warten, was uns der Europäische Hilfsfonds und das Berliner Arbeits- und Sozialministerium zuzuwenden bereit sind?

Die beiden Ottmarsheimer Großprojekte habe ich angerissen und wir sind froh, dass sich diese derzeit in der Realisierung befinden. Unserer guten Haushaltslage ist es zu verdanken, solche Bauvorhaben zeitgleich schultern zu können. Und dass dann noch Mittel für die Neugestaltung der Enzaue, die in der öffentlichen Wahrnehmung diese beiden Bauvorhaben etwas überdeckt hat, bleiben, zeigt doch wie gut es uns geht. Im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Projekten, wird aber der Sinn dieser Maßnahme von Teilen einer kritischen Bürgerschaft immer wieder in Frage gestellt. Das ist per se nicht verwerflich. Wir sollten froh sein, eine kritische Bürgerschaft zu haben, insbesondere wenn sich diese auch konstruktiv zu den vorliegenden Plänen äußert. Um unterschwellig oder auch offen anklingende Vorwürfe, dass Stadtverwaltung und Gemeinderat die Bürgerschaft in den Planungsphasen nicht mitgenommen haben, künftig vorzubeugen, ist stets größtmögliche Transparenz zu schaffen. Wobei Transparenz nicht nur als Bringschuld, sondern doch auch als Holschuld zu begreifen sein sollte. Jedenfalls ist erkennbar, dass die Stadtverwaltung und wir als Gemeinderat begriffen haben, dass in diesem Sinne noch Luft nach oben ist und dem mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit Rechnung getragen werden muss.

Die Planung des so genannten Südparks ist im Wesentlichen abgeschlossen und für die Detailausführung gibt es gute Ansätze und die Mitnahme der Bürgerschaft scheint nun auch gewährleistet, ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Besichtigung einiger Spielplätze vor wenigen Tagen in Heilbronn. Das thematische Aufgreifen der Themen Wasser und Wasserkraft erscheint uns für den südlichen Bereich sehr passend und es ist gut, dass der Erhalt der Ernst'schen Mühle sowohl von ihrer historischen Bedeutung her gesehen, wie hoffentlich auch als zukunftsfähige regenerative Energiequelle gesichert ist.

Hinsichtlich der Gestaltung des nördlichen Teils der neu zu überplanenden Enzaue – dem Enz- oder auch Turnplatz – sind die Vorstellungen noch sehr abstrakt und werden wohl in diesem Jahr auch noch nicht wesentlich konkreter werden können, denn vieles ist vom Werden des südlichen Parks abhängig.

Auch erscheint uns die Prognose, dass uns die Kosten für das Gesamtprojekt aus dem Ruder laufen, nicht gewagt und von daher müssen die weiteren Planungen immer wieder auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls zeitlich gestreckt und/oder „abgemagert“ werden. Zumal sich Projekte und Aufgaben abzeichnen, die uns dringlicher erscheinen, als die Schaffung eines Parkgeländes. Hierauf gehe ich später noch ein.

Generell gilt auch, dass nach anfänglich unvermeidlichen Eingriffen in die Natur gewährleistet sein muss, dass das Plangebiet mittel- bis langfristig eine ökologische Aufwertung erfährt, die auch den erholungssuchenden Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.

Es sei hier vorweggenommen, dass wir hierfür eine weitere Fußgänger- oder gar Radfahrerbrücke nicht für erforderlich, sondern eher für kontraproduktiv halten. Und der Gedanke an eine Kabinenseilbahn erscheint uns so realitätsfern und sinnfrei, dass wir keine Veranlassung haben, hierzu hier und heute unsere Gegenargumente anzubringen.

Zu den Baustellen – im übertragenen, wie auch wahrsten Sinne des Wortes -, die in naher Zukunft anzugehen sind, zählt ganz sicher die **Schaffung und Modernisierung von Schulraum**. Derzeit ist angesagt, sämtliche Möglichkeiten zusammenzutragen, um dann dem Gemeinderat baldmöglichst eine Entscheidungsgrundlage zu liefern. Ja, gewiss, meine Damen und Herrn, die Umlandgemeinden, die ihre Schüler nach Besigheim schicken, lassen uns bei Finanzierungsproblemen nach wie vor im Regen stehen. Es nützt aber nichts, wenn wir Jahr für Jahr darüber lamentieren. Klar ist, dass wir uns hier in einem engen Korsett befinden. Umso mehr ist Kreativität und Flexibilität gefragt, aber es wird nicht ausbleiben, dass wir etwas mehr Geld in die Hand nehmen müssen, als wir bislang im Sinn hatten. Das gute Image, das wir als Schulstandort vielleicht noch haben, darf nicht Schaden nehmen.

Auch sind wir konstruktiv mit dabei, wenn es nun darum geht, auch das Kinderbetreuungsangebot in Besigheim auszubauen.

Mit Ihren ablehnenden Ausführungen zur Forderung, ganz auf Kita-Gebühren zu verzichten, sind wir nahe bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Dem Gerechtigkeitsanspruch käme es viel eher entgegen, wenn wir – wie nun ebenfalls verstärkt in der Diskussion – von der Landesregierung ein akzeptables Modell zur **einkommensabhängigen Gebührenstaffelung** vorgelegt bekommen würden. Leider haben sich die kommunalen Spitzenverbände einmal mehr als sehr unflexibel bewiesen und halten an der alleinigen Staffelung nach der Kinderzahl fest. Hier hatten wir uns mehr erhofft. Wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung.

Spektakuläre Anträge der Fraktionen sind in der Haushaltsdebatte in der Regel nicht zu erwarten. Ist der Entwurf einmal eingebracht, so lässt er nach den gesetzlich normierten Regularien keine Veränderungen mehr zu, die nennenswerte finanzielle Auswirkungen haben würden. Es sei denn, es wird ein entsprechender Deckungsvorschlag von der Mehrheit akzeptiert. Von daher ist ein Haushaltsplanentwurf ein Spiegelbild dessen, was der Gemeinderat im Laufe des Jahres an von ihm als erforderlich eingebrachten Investitions- und Gestaltungswünschen überzeugend dargelegt hat, bzw. solchen der Stadtverwaltung gefolgt ist. Somit bringen wir in diese Stellungnahme auch Anliegen ein, auf deren Berücksichtigung wir im Planentwurf für das Jahr 2020 setzen.

Und in diesem Sinne greifen wir zwei unserer langjährigen Forderungen auf, die sich nun immerhin in diesem Haushaltsplan unter „notwendigen Maßnahmen“, die in die Finanzplanung bis 2022 nicht aufgenommen worden sind, befinden. Sie sind auf der Seite 405 aufgeführt und betreffen die Positionen 9. – Bau einer **Aufzugsanlage** vom „Kies“ zur Schlossgasse und 13. – Bau einer **Fuß- und Radwegbrücke** zwischen Burgacker und Himmelsleiter. Hier **beantragen** wir, dass im Laufe des Jahres zur Realisierung dieser Projekte erste planerische Schritte unternommen werden. Zur Aufzugsanlage brauche ich die hinlänglich bekannten Argumente nicht zu wiederholen. Ein barrierefreier Zugang zur Altstadt ist überfällig.

Was die Brücke anbelangt, so würden wir einen Fußgängerübergang für ausreichend halten. Ganz dringend wird sich die Notwendigkeit dann zeigen, wenn die neu geführte B-27-Brücke eröffnet wird, denn dann wird der Fußweg vom Burgacker (Ende Wörthstraße) zur Himmelsleiter zirka 700 bis 800 m betragen, was nicht gerade Lust macht, den neuen Steillagen-Info-Pavillon von der Innenstadt aus mit einem Umweg über Walheim fußläufig anzusteuern.

Diese beiden Forderungen sind keine Anträge zum vorliegenden Haushaltsplan, sondern Anträge zur Beratung im Laufe dieses Jahres mit dem Ziel erste Planungsdaten im Haushaltsplan 2020 vorzusehen.

Den eingangs gestreiften Geburtswehen des ersten Haushaltsplans nach dem NKHR ist es geschuldet, dass wir nun in der vergangenen Woche nicht nur Erläuterungen zum besseren Verständnis einzelner Positionen, sondern auch korrigierte Zahlen erhalten haben. Demnach war eine „Liquiditätslücke“ in Höhe von € 294.750 abzudecken, was – wie wir nachlesen konnten – über die vorhandene Liquidität möglich war. In diesem Zusammenhang empfinden wir die uns im Verwaltungsausschuss entgegengebrachte Argumentation, dass das kostenfreie Angebot eines Zubringerbusses beim Winzerfest in die Besigheimer Stadtteile und Umlandgemeinden nur durch Beschluss eines Deckungsvorschlags – genannt wurden erst heute aktuell zirka € 9.000 – realisiert werden könne, wenig überzeugend. Da ich daraufhin aber auf einen entsprechenden Antrag verzichtet habe, ist es nun möglich, diesen jetzt zu stellen, was ich tue. Die BMU-Fraktion stellt folgenden

A n t r a g :

Zum Besigheimer Winzerfest wird an allen Festtagen ein **kostenloser Zubringerdienst** angeboten, mit dem die Festbesucher das Fest und ihre Wohngebiete in Besigheim und den Umlandgemeinden umweltfreundlich und sicher erreichen können.

Begründung:

Der Shuttleverkehr wurde bei den letzten Winzerfesten zunehmend gut angenommen und soll zum Wohle der Festbesucher weiter angeboten und gefördert werden. Auch trägt er zur Entlastung des individuellen Verkehrsaufkommens und zur Entschärfung der Parkplatzsituation bei. Um ein Zeichen für die Nutzung des ÖPNV zu setzen, übernimmt die Stadt Besigheim die hierfür anfallenden Kosten.

Angesichts des Gesamtvolumens des Haushaltes und auch in Relation zur genannten Liquiditätslücke, nehmen sich die Kosten sehr geringfügig aus; andererseits sehen wir von der Sache her eine Signalwirkung, die die Ernsthaftigkeit des Bemühens der Stadt um alternative Verkehrskonzepte symbolisch unterstreicht.

Zufrieden haben wir zur Kenntnis genommen, dass für die **Pflege der Archivbestände** nun im Sinne unseres letztjährigen Antrags

ein höherer Betrag eingesetzt wurde. Unser Stadtarchiv ist aus dem Schatten herausgetreten und findet am neuen Standort zunehmend Aufmerksamkeit; die öffentlichen Führungen sind sehr lobenswert.

Wo Licht ist, ist auch Schatten und dieser liegt nunmehr auf dem alten Friedhof, wo die 21 Natursteinstelen einer ungewissen Zukunft entgegen sehen. € 2.000 als Angebot der Stadtverwaltung an die Steinmetz- und Steinbildhauerinnung zum längerfristigen Erhalt dieser **Erinnerungssteine** darf nicht das letzte Wort sein. Wir **beantragen**, dass dieses Thema im Verwaltungsausschuss aufgegriffen und beraten wird. Immerhin gibt es bereits private Initiativen, die sich hier engagieren und es stünde der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat gut zu Gesicht, hier einen größeren Beitrag zur Sicherung dieses eindrucksvollen und vielbesuchten Ensembles zu leisten. Diese „ideale Ergänzung unseres Skulpturenlehrpfades“, wie Sie, Herr Bürgermeister, es in Ihrem Grußwort anlässlich der Ausstellungseröffnung vor fünf Jahren nannten, muss längerfristig erhalten werden.

Leider warten wir immer noch auf die beschlossenen **Verkehrsüberwachungsmaßnahmen** in der Besigheimer Innenstadt, und fordern mit Nachdruck deren alsbaldige Umsetzung. Der Smiley, den die meisten Autofahrer allerdings nur mit trauriger Miene kennen, genügt uns nicht. Die Zunahme der Verstöße sowohl im fließenden wie auch im ruhenden Verkehr ist spürbar und erfordert ein Gegensteuern. Hierzu gehört – neben verstärkter Überwachung – auch die **Förderung des Fahrradverkehrs**. Die Stadt Stuttgart fördert den Ausbau der Radwegestruktur aktuell mit € 12 pro Einwohner und Jahr und will hierfür in den Folgejahren € 22 ausgeben.

Bei nur € 12 müssten wir in Besigheim bei 12.500 Einwohnern € 150.000 aufbringen. Das nur mal so als Maßstab und zur Orientierung, wo wir hier stehen ...

Die Frage der Zukunft der hausärztlichen Versorgung treibt die Besigheimer Bevölkerung nach wie vor um. Mit dem im Bau befindlichen „Ärztehaus“ ist ein erster Schritt zur Gewährleistung einer solchen getan, weitere müssen jedoch folgen und die Stadt sollte weiterhin ihr Augenmerk hierauf haben. Niederlassungswillige Allgemein- und Fachärzte müssen auf die Unterstützung der Kommune zählen können. Vielleicht bleiben die Chancen für eine Allgemeinarztpraxis im Bauvorhaben der Evangelischen Heimstiftung gewahrt. Auf unser Interesse hieran sollten wir als Stadt ungebrochen hinweisen.

Eine **medizinische Grundversorgung** muss gewährleistet sein. Bei gesundheitlichen Beschwerden sollte es möglich sein, dass der erste Weg zum Hausarzt/zur Hausärztin vor Ort gegangen werden kann und nicht gleich das Aufsuchen der überfüllten Notaufnahme der Krankenhäuser als Ausweg bleibt.

Der einzige für diesen Haushaltsplan wirksame Antrag ist der zum kostenlosen Angebot eines Shuttleverkehrs zum Winzerfest, der heute zur Abstimmung zu bringen wäre.

Unsere weiteren drei antragsrelevanten Anliegen wären im Laufe des Jahres auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses zu nehmen, was wir gegebenenfalls unterjährig in Form von konkreten Anträgen einbringen werden.

Mit Bemerkungen zum NKHR und der uns in Einzelbereichen fehlenden Transparenz habe ich diese Stellungnahme begonnen und werde abschließend hierzu beispielhaft eine Frage stellen, die wir in den Vorberatungen und Gesprächen mit der Stadtkämmerei noch nicht anbringen konnten.

Im Teilhaushalt TH02, Produktbereich 52 – Bauen und Wohnen – sind € 900.000 als Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Baugebiet Neckarblick VI eingestellt. Wie erklärt sich diese Summe, da wir doch bislang noch nicht entschieden haben, zu welchem Preis wir dort die Bauplätze verkaufen? Nach unserem Verständnis müssten in diesem Haushaltsplan zumindest teilweise aber auch die Ausgaben für Erschließung, Vergrämungs-, Rodungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu finden sein. Wo sind diese Kosten dargestellt? Und in diesem Kontext hätten wir auch noch die Frage, wie es um die viele Jahre erforderliche Pflege der als Ausgleichsmaßnahme erfolgten Neupflanzungen von Obstbäumen bestellt ist. Werden hier die Grundstückskäufer über den Kaufpreis mit ins Boot genommen?

Davon ausgehend, dass unsere Anträge und Anliegen im Wesentlichen berücksichtigt werden, stimmen wir diesem Haushaltsplan zu. Dies verbunden mit der Hoffnung, dass beim Haushaltsplanentwurf 2020 die im vorliegenden diagnostizierten „Kinderkrankheiten“ auskuriert sein werden.

Meine Damen und Herrn, es ist mir nun aber noch ein Bedürfnis etwas Grundsätzliches anzubringen und gewissermaßen dem nächsten Gemeinderat ins Stammbuch zu schreiben:

Die derzeit sprudelnden Steuerquellen dürfen uns nicht euphorisch stimmen. In solch – rein fiskalisch gesehen – erfreulichen Zeiten sollten wir sehr bemüht sein, Schulden abzubauen und schon gar nicht Neuverschuldungen zuzulassen. Denn die Zeiten können und werden sich auch wieder ändern. Ich muss daran erinnern, dass es noch gar nicht so lange her ist, dass unsere Haushalte so sehr auf Kante genäht waren, dass wir uns Gedanken machen mussten, ob und wie wir unsere Freiwilligkeitsleistungen beibehalten können. Bekanntlich sind das vier nennenswerte Posten: Musikschule, Stadtbücherei, Jugendhaus und das Freibad. Als Beispiel für den Ernst der damaligen Situation rufe ich ins Gedächtnis, dass seinerzeit zur Aufrechterhaltung des Freibadbetriebes der Gemeinderat eine Benefizveranstaltung veranstaltet, die Bürgerinnen und Bürger bekocht, und die Einnahmen dem Etat für das Freibad zufließen lassen hat. Wir sind nicht davor gefeit, dass wir uns eines Tages wieder mit solchen Situationen konfrontiert sehen.

Jetzt bleibt mir nur noch der Dank an die Verwaltungsspitze sowie alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die angenehme, unkomplizierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Alljährlich wiederkehrend auch der Dank an das Gremium für den generell fairen und offenen Umgang. Ebenfalls gedankt sei allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die die Arbeit des Gemeinderats verständnisvoll und/oder auch mit konstruktiver Kritik begleitet und unterstützt haben. Immer wieder wohltuend ist die Erfahrung, von welchem hohem ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger wir profitieren können, sei es in den Vereinen, den Kirchengemeinden, den gemeinnützigen Verbänden und Organisationen, der Freiwilligen Feuerwehr, in Institutionen wie der Lokalen Agenda 21, der Fahrradinitiative sowie in diversen Arbeitskreisen, Projektgruppen und durch Einzelpersonen. So ist es auch nicht hoch genug einzuschätzen und anzuerkennen, was nach wie vor vom Arbeitskreis Asyl und unseren hauptamtlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern geleistet wird, was wir bei dieser Gelegenheit einmal ganz besonders herausstellen möchten.

Für Ihre/Eure Aufmerksamkeit danke ich Ihnen/Euch.

BMU-Gemeinderatsfraktion Besigheim / 26. Februar 2019

(Helmut Fischer)

(Miriam Staudacher)

(Waldemar Held)

(Hansjörg Kollar)

Verteiler: 4 x Verwaltung, 3 x Fraktionsvorsitzende, 4 x BMU-Fraktion, 3 x Presse